



## Resolution

Resolution der Bundesmitgliederversammlung 2024 des Kinderschutzbundes

**A 19. „Gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in der Demokratie stärken. Eine Resolution des Kinderschutzbundes“**

**Antragsteller: Bundesvorstand**

**Beschluss:** Die Mitgliederversammlung beschließt folgende Resolution:

## **Gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in der Demokratie stärken.**

### **Eine Resolution des Kinderschutzbundes**

Der Kinderschutzbund setzt sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte ein. Kinder und Jugendliche in Deutschland sind das beste Argument dafür, sich deutlich gegen antidemokratische Handlungen und Debatten zu positionieren. Gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen müssen wir gerade jetzt ein deutliches Zeichen setzen.

Anlässlich der anstehenden Europawahl, der Kommunal- und Landtagswahlen in den kommenden Wochen und Monaten, bei der z.T. Menschen ab 16 wählen dürfen, unterstreicht der Kinderschutzbund seine feste Überzeugung: Gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen ist auf verantwortungsvolle Demokratinnen und Demokraten angewiesen. Der Kinderschutzbund ruft ausdrücklich dazu auf: Geht wählen!

Debatten über die Krise der Demokratien, Erfahrungen mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Polarisierungen und die Unfähigkeit, einander zuzuhören und sachlich zu diskutieren, bleiben von Kindern und Jugendlichen nicht unbemerkt und lösen Ängste aus. Wir, die derzeit wahlberechtigte Menschen, sind in der Verantwortung, dazu beizutragen, dass alle Kinder und Jugendlichen in einer demokratischen, an Vielfalt, Beteiligung und Mitbestimmung orientierten Gesellschaft aufwachsen, dass sie anerkannt, gehört und gesehen und ernst genommen werden.

Bereits 2017 hat die Mitgliederversammlung des Kinderschutzbundes mit großer Mehrheit einen Unvereinbarkeitsbeschluss in der Satzung verankert. Darin heißt es: „Die Mitgliedschaft in oder die Unterstützung von Parteien und Verbänden, die offen oder versteckt rassistische, diskriminierende, antisemitische und/oder ausländerfeindliche Ziele verfolgen oder sich in diesem Sinne äußern, sowie Hass und Gleichgültigkeit gegenüber Benachteiligten und Minderheiten schüren und/oder sexuelle oder körperliche sowie psychische Gewalt insbesondere gegen Kinder in jedweder Form billigen oder diese zu fördern versuchen, ist mit einer Mitgliedschaft im DKSB unvereinbar.“

Der Unvereinbarkeitsbeschluss hat an Aktualität nicht verloren. Diese Position gilt es angesichts aktueller Polarisierung, der Anziehungskraft antidemokratischer und rechtsextremistischer Parolen – durchaus auch auf junge Menschen – erneut aufzurufen und zu bestärken. Anfeindungen, die Behauptung, Menschen mit Migrationsgeschichte hätten hier kein Zuhause, diskriminierende und stigmatisierende öffentliche Urteile über einzelne Menschen und Menschengruppen wirken sich auf das Sicherheitsgefühl, auf den Alltag von Kindern und Jugendlichen, auf deren Zugehörigkeit zu und Identifikation mit unserer Gesellschaft aus.



In der Kinderschutzarbeit vor Ort erleben Fachkräfte und Ehrenamtliche, dass Kinder und Jugendliche sich bedroht fühlen und den Eindruck gewinnen, unerwünscht zu sein. Das dürfen und wollen wir nicht hinnehmen!

Darum ruft die Mitgliederversammlung des Kinderschutzbundes 2024 zur Solidarität mit allen Kindern und Jugendlichen auf. Fachliches Handeln in Erziehung, Bildung, Betreuung und Kinderschutz braucht ein demokratisches Fundament, davon werden wir nicht abweichen.

Insbesondere fachlich fundierter und zivilgesellschaftlich verankerter Kinderschutz orientiert sich an der Gewährleistung von Rechten der Kinder und Jugendlichen.

Die Mitgliederversammlung des Kinderschutzbundes bekräftigt angesichts erstarkender antidemokratischer Kräfte das zivilgesellschaftliche Engagement des Verbandes und seiner an Professionalität und Humanität orientierten Lobby- und pädagogischen Arbeit.

Es ist an uns, mit Verantwortung, Augenmaß und Klarheit, Kindern und Jugendlichen ein Aufwachsen in einer demokratischen Gesellschaft zu ermöglichen und sie daran zu beteiligen.

Frankfurt am Main, Mai 2024